

Veronika Kiesche

Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten.

Verhandlungen von Antisemitismus und anti-
slawischem Rassismus in der zweiten Generation
jüdischer Kontingentflüchtlinge

Working Paper VII

Mit einer Einführung von Hans-Christian Petersen

Der Gang der Geschichte(n).
Narrative über Jüdinnen und Juden,
Judentum, die Shoah und Israel

Der Gang der Geschichte(n) wird
gefördert von der Bundeszentrale
für politische Bildung und dem
Auswärtigen Amt.



Auswärtiges Amt

Veronika Kiesche

Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten.

Verhandlungen von Antisemitismus und anti-slawischem Rassismus in der zweiten Generation jüdischer Kontingentflüchtlinge

Working Paper VII

Mit einer Einführung von Hans-Christian Petersen

Der Gang der Geschichte(n).
Narrative über Jüdinnen und Juden,
Judentum, die Shoah und Israel



Das Projekt »Der Gang der Geschichte(n). Narrative über Jüdinnen und Juden, Judentum, die Shoah und Israel« wird von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung seit Juli 2019 umgesetzt und arbeitet bis Ende 2022.

Herausgeberin: Tanja Lenuweit

Redaktion: Maria Kireenko, Tanja Lenuweit

Lektorat: Konrad Krämer, Tanja Lenuweit

Gestaltung: Gaston Isoz

Oktober 2022

Working Paper des Projekts

Working Paper I

Von einer lokalen zu einer globalen Community. Zur jüdischen Geschichte Syriens

Working Paper II

Hidden Stories of Damascene Jews. A collection of the cultural memory of the last generation of jews in Damascus

Working Paper III

Narrative über Jüdinnen und Juden, die Shoah und Israel in Syrien

Working Paper IV

Von Repression und Emanzipation. Jüdisches Leben in Russland von der Oktoberrevolution bis heute

Working Paper V

*Traditionen, Kontinuitäten und Veränderungen. Narrative und Diskurse über Jüdinnen*Juden in Marokko*

Working Paper VI

*Russischsprachige Jüdinnen*Juden, Russlanddeutsche und Russinnen*Russen. Gruppenübergreifende Interviewarbeit im russophonen Deutschland*

Alle Working Paper sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Herausgeber unzulässig und strafbar.

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH

Alt-Reinickendorf 25

13407 Berlin

www.minor-kontor.de

Kontakt: t.lenuweit@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de/der-gang-der-geschichten



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Hans-Christian Petersen Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus	9
Veronika Kiesche Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten. Verhandlungen von Antisemitismus und antislawischem Rassismus in der zweiten Generation jüdischer Kontingentflüchtlinge	13
1. Einleitung	13
2. Interviewanalyse: Das Verwalten von Sichtbarkeit als Jüdin*Jude	17
2.1 Interview 1: Anna M., matrilinear, säkular	17
2.2 Interview 2: Dmitrij K., matrilinear, säkular	18
2.3 Interview 3: Stefan F., patrilinear, Christ	19
2.4 Interview 4: Katharina T., patrilinear, säkular-praktizierende Jüdin, zum Zeitpunkt des Interviews im Verfahren zum Gemein- mitglied	20
2.5 Zusammenfassung: Sichtbarkeit von Jüdinnen*Juden	21
3. Interviewanalyse: Migration russischsprachiger Jüdinnen*Juden und antislawischer Rassismus	21
4. Fazit	22
Literatur	24

Vorwort

Das Projekt »Der Gang der Geschichte(n)« untersucht Narrative zu Jüdinnen*Juden, Shoah und Israel in vier ausgewählten Herkunftsländern von Zugewanderten (Syrien, Marokko, Polen und Russland) und in entsprechenden Communities in Deutschland. Uns interessiert, welche Narrative Bestand haben, welche sich verändern und ob Wechselwirkungen mit deutschen Narrativen entstehen. Dafür werden Studien zu Narrativen in den Herkunftsländern erstellt und qualitative Interviews mit Zugewanderten durchgeführt. Ziel des Projekts ist es zudem, jüdisches Leben und jüdische Geschichte der jeweiligen Länder sichtbar zu machen und die Perspektiven von Jüdinnen*Juden einzubeziehen.

»Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten« setzt sich mit Verschränkungen von Migrationserfahrung, Antisemitismus und antislawischem Rassismus auseinander und ergänzt damit die Publikationen des Projekts zu Russland und post-sowjetischer Migration.¹

Grundlage des Texts sind vier Interviews, die die Autorin Veronika Kiesche mit Angehörigen der zweiten Generation jüdischer Kontingentflüchtlinge für ihre Masterarbeit durchgeführt hat. Themen, die sich durch die vier Interviews ziehen, sind Fragen nach Zugehörigkeit und Identität, aber auch die Erfahrung von Fremdzuschreibung, Antisemitismus, antislawischem Rassismus und Diskriminierung.

Jüdinnen*Juden galten in der Sowjetunion nicht als Teil einer Religionsgemeinschaft, sondern als nationale Minderheit: Der berühmte Paragraf 5 in den sowjetischen Pässen machte aus »Jude« eine ethnisch-nationale Kategorie. In Deutschland wiederum wurden die jüdischen postsowjetischen Migrant*innen per definitionem zu Angehörigen einer religiösen Minderheit, denn die Zugehörigkeit zum Judentum war die notwendige Voraussetzung, um als Kontingentflüchtling anerkannt zu werden.

Die sowjetische Definition von Jüdinnen*Juden folgte der patrilinearen Linie und damit galten Kinder mit jüdischen Vätern als Jüdinnen*Juden. Von deutscher staatlicher Seite wurden die Kinder und teilweise auch Enkelkinder jüdischer Väter als Jüdinnen*Juden anerkannt und aufgenommen, nicht aber von den jüdischen Gemeinden in Deutschland, denn diese folgten der halachischen Tradition, die Menschen nur dann als jüdisch anerkennt, wenn sie eine jüdische Mutter haben oder konvertiert sind. Sogenannte Vaterjüdinnen*Vaterjuden, die in der Sowjetunion als Jüdinnen*Juden definiert und diskriminiert wurden, wurden in der Regel nicht in die jüdischen Gemeinden aufgenommen.²

Mit den jüdischen Zuwanderer*innen waren bestimmte Vorstellungen, Erwartungen und Fantasien verbunden; die großzügige Einwanderungspolitik geschah nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der immer kleiner werdenden jüdischen Gemeinden in Deutschland. Die Menschen, die kamen, entsprachen allerdings nicht unbedingt diesen Vorstellungen. Wie die Autorin am Beispiel von Artikeln aus dem *Spiegel* zeigt, machten sich zunehmend Resentiments breit und die Wahrnehmung der Zugewanderten verschob sich von Jüdinnen*Juden zu »Russen«. Verbunden damit waren alte, wiederkehrende

1 Die beiden Publikationen des Projekts zu Russland und post-sowjetischer Migration: Von Repression und Emanzipation. Jüdisches Leben in Russland von der Oktoberrevolution bis heute (Working Paper IV); Russischsprachige Jüdinnen*Juden, Russlanddeutsche und Russinnen*Russen. Gruppenübergreifende Interviewarbeit im russophonen Deutschland (Working Paper VI).

2 2005 trat ein geändertes Aufnahmeverfahren in Kraft; seitdem müssen u.a. eine »gute Integrationsprognose«, Grundkenntnisse der deutschen Sprache und der Nachweis zur Aufnahmemöglichkeit in einer jüdischen Gemeinde im Bundesgebiet erbracht werden.

antislawische Ressentiments – was nicht heißt, dass die jüdischen Immigrant*innen nicht auch Antisemitismus erlebten.

Hinzu kamen die Schwierigkeiten, die die Migration mit sich brachte. Zwar war das Einreiseverfahren einfach, Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis sicher, aber mangelnde Deutschkenntnisse und die fehlende Anerkennung der Studien- und Berufsabschlüsse führten bei vielen zu beruflicher Dequalifizierung und sozialer Deklassierung.

Die von der Autorin Interviewten sind Kinder von Eltern, die mit diesen Herausforderungen zu kämpfen hatten. In den Interviews berichteten sie davon, wie sie als Kinder die Erfahrungen ihrer Eltern erlebt haben, wie sie selbst mit Fremdzuschreibungen, Antisemitismus und antislawischem Rassismus umgehen und welche Strategien der Selbstbehauptung sie entwickelt haben.

Postsowjetische Jüdinnen*Juden kommen in Migrationsdebatten noch zu wenig vor. Eher unsichtbar bleiben auch ihre Erfahrungen mit antislawischen Ressentiments, denn als weiße Migrant*innen werden sie nicht als von Rassismus Betroffene wahrgenommen. Der einführende Text von Hans-Christian Petersen zeigt die Ursprünge und Kontinuitäten des antiosteuropäischen und antislawischen Rassismus auf: Der abwertende und hierarchisierende Blick in den Osten reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück, rassifizierte sich im deutschen Kaiserreich und fand im Nationalsozialismus seinen negativen Höhepunkt. Auch nach 1945 lebte der antiosteuropäische und antislawische Rassismus fort und fand seinen Ausdruck in der Abwertung osteuropäischer Zuwanderer*innen, wie sie auch die jüdischen Kontingentflüchtlinge erlebten.

Oktober 2022
Tanja Lenuweit

Hans-Christian Petersen

Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus

Menschen aus dem östlichen Europa, die heute in Deutschland leben, haben vielfach Diskriminierung und Ausgrenzung erlebt. Dies gilt auch für die jüdischen postsowjetischen Migrant*innen, die als Kontingentflüchtlinge Aufnahme fanden. Im öffentlichen Bewusstsein und in aktuellen antirassistischen Debatten stellen ihre Erfahrungen bisher jedoch einen weitgehend blinden Fleck dar. Es ist überfällig, dies zu ändern.

Die weltweite antirassistische Mobilisierung unter dem Motto »Black Lives Matter« hat die Auseinandersetzung mit Rassismus auch in Deutschland verstärkt ins Zentrum öffentlicher und wissenschaftlicher Debatten gerückt. Dies ist im Sinne einer größeren Sichtbarkeit des Themas wie auch der von Rassismus betroffenen Menschen sehr zu begrüßen.

Rassismus wird hierbei jedoch häufig als ein »weißes« Phänomen gedacht, dessen Objekte ausschließlich People of Color/BIPOCs (Black, Indigenous, People of Color) seien. Entsprechend könnten »weiße« Menschen keinen Rassismus erleiden. Die Kategorien »schwarz« und »weiß« beziehen sich hierbei im Verständnis der Critical Whiteness Studies (auch als Kritische Weißseinsforschung bezeichnet) nicht auf Äußerlichkeiten (Hautfarben), sondern bezeichnen Zuschreibungen und gesellschaftliche Machtverhältnisse (Garner 2007).

Ein solcher Begriff von Rassismus wirft verschiedene Fragen auf. Einerseits sind hautfarbenbezogene Äußerlichkeiten tatsächlich von entscheidender Bedeutung dafür, wer in der Gesellschaft rassistisch diskriminiert wird (Stichwort »Racial Profiling«) (Thompson 2020). Andererseits beschränkt sich rassistisches Denken nicht auf Farbkategorien. Durch die Reduzierung auf diese Dimension werden all jene Opfer von Rassismus ausgeschlossen, deren gesellschaftliche Positionierung nicht dieser Dichotomie entspricht. Das wichtigste Beispiel hierfür sind Menschen aus dem östlichen Europa, die fast die Hälfte aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ausmachen. Ihre Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus in Deutschland stellen in der bisherigen Debatte einen weitgehend blinden Fleck dar (Othmann 2022).

Begriffe

Antiosteuropäischer Rassismus ist ein Bündel abwertender, essentialistischer Zuschreibungen zum geografischen Raum Osteuropa und seinen Bewohner*innen. Schon in der Aufklärung galt »Osteuropa« im westlichen Denken als eine rückständige Zwischenwelt zwischen Okzident und Orient, als »Europe but not Europe« (Larry Wolff 1994). Ähnliche Befunde hat Maria Todorova zu Südosteuropa bzw. dem »Balkan« vorgelegt (Todorova 1997). Im pseudowissenschaftlichen rassistischen Diskurs, der sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte, wurden speziell die Slawen als eine eigene Rasse konstruiert, deren Weißsein zwar nicht in Frage stand, die aber

dennoch als minderwertig konstruiert wurden. Der Rassismus gegen Menschen aus Osteuropa wird daher auch häufig als antislawischer Rassismus oder Antislawismus bezeichnet (z.B. Vlahek 2022).

Der »deutsche Osten«

Deutschland hat eine lange Verflechtungs- und Expansionsgeschichte mit dem und im östlichen Europa. Ein abwertender, hierarchisierender Blick bildete hierbei eine Konstante des deutschen Diskurses im »langen« 19. Jahrhundert. Prominentes Beispiel sind die zutiefst kolonialen Diskurse in den Debatten in der Frankfurter Paulskirche 1848/49: Ausgehend von der Frage der Stellung Posens und Böhmens in einem zukünftigen Deutschen Reich wurde von einer großen, fraktionsübergreifenden Mehrheit über einen viel weitergehenden, bis ans Schwarze Meer reichenden »deutschen Osten« debattiert, den es in einer *mission civilisatrice* zu erobern und zu beherrschen gelte (Petersen 2020). Ein anderes, breitenwirksames Beispiel ist Gustav Freytags Erfolgsroman »Soll und Haben« (1855), der sowohl antisemitische Bilder wie auch das Stereotyp desorganisierten, chaotischer und zu effektivem ökonomischem Handeln unfähiger Polen*Polinnen in der kollektiven Wahrnehmung verankerte (Kopp 2012).

Der deutsche Blick nach Osten radikalisierte und rassifizierte sich im Kaiserreich (Kienemann 2018). Das restriktive Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 sollte unerwünschte Zuwanderer*innen aus dem östlichen Europa an der Einbürgerung hindern (Gosewinkel 2001). Auch die germanisierende Siedlungspolitik in den polnischen Teilungsgebieten Preußens (»Ostmark«) war Ausdruck des zunehmend kolonialen deutschen Verhältnisses zum »Osten«, genauso wie das »Land Ober Ost« im Ersten Weltkrieg und der in der Weimarer Zeit propagierte »Grenzkolonialismus« sowie die »Grenzlandarbeit« (Lehnstaedt 2015; Eisler 2015). Die Radikalisierung des Antislawismus geschah hierbei im Zusammenspiel mit anderen Diskriminierungsformen gegen Menschen aus Osteuropa, insbesondere dem Antisemitismus (in dem auch Feindbilder der »Ostjuden« und des »jüdischen Bolschewismus« eine wichtige Rolle spielten) und dem Antiziganismus (Kurth/Salzborn 2009).

Der Vernichtungskrieg im Osten und der »Generalplan Ost« des NS-Regimes stellten den negativen Höhepunkt solcher rassistischen Hierarchisierungen und Expansionsprojekte dar (Aust 2021). Neben der jüdischen Bevölkerung, die in der Shoah fast vollständig vernichtet wurde, war der slawischen Bevölkerung die Rolle von rassistisch minderwertigen Sklaven zugewiesen (»slawische Untermenschen«). Erinnerung sei nur an die Blockade Leningrads: Über eine Million Menschen verhungerten und erfroren in der Stadt, weil sie aus Sicht der Deutschen »überflüssige Esser« waren (Zingher 2021). Ein anderes Beispiel ist die rassistische Behandlung der Millionen sogenannten »Ostarbeiter«, die im Deutschen Reich unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit verrichteten, durch den Aufnäher »Ost« stigmatisiert wurden und denen es verboten war, sexuelle Beziehungen mit der »arischen« Bevölkerung einzugehen (Wodin 2018).

Nach 1945

Die gezielt gegen Osteuropa gerichtete Komponente des Antikommunismus in der Zeit des Kalten Krieges sowie Abwertungen von osteuropäischen Zuwanderer*innengruppen, die vor allem nach 1989 eine erneute Konjunktur erlebten (»Polenwitze«), zeigen an, dass antislawischer und antiosteuropäischer Rassismus nicht mit dem Untergang des Nationalsozialismus endeten. Die nach dem Ende des Kalten Krieges vorhandene Furcht vor massenhafter Zuwanderung aus Osteuropa ist auch in Kontinuität solcher Ressentiments zu sehen und führte u.a. dazu, dass die Bürger*innen der seit 2004 zur EU gehörenden baltischen und ostmitteleuropäischen Staaten erst nach der maximal siebenjährigen Übergangsfrist in die meisten EU-Länder, darunter allen voran Deutschland, freizügig einreisen durften. Vor dem antiöstlichen Ressentiment waren hierbei auch die jüdischen Kontingentflüchtlinge nicht gefeit. Auch sie erlebten berufliche Dequalifizierung und fanden und finden sich in der deutschen Arbeitshierarchie weit unten in der Lagerlogistik oder als Pflege- oder Reinigungskräfte wieder (Panagiotidis 2021). Sie erfuhren Diskriminierung aufgrund ihres Akzents, ihrer Nachnamen oder ihrer Esskultur und bekamen im Zweifelsfall die Wohnung nicht, für die sie sich bewarben (Gorelik 2021). Solche Erfahrungen von Abwertung verbinden sie mit anderen migrantischen Gruppen und Menschen in der Bundesrepublik. Zugleich kommt im Falle der postsowjetisch jüdischen Migrant*innen der Antisemitismus hinzu, den viele ebenfalls erlebten. Dies zeigt, dass Diskriminierungsformen nicht isoliert voneinander wirken, sondern sich intersektional gegenseitig verstärken können (Prokopkin 2022; Tikhomirova 2022; quartiera 2022).

Anfeindungen und Instrumentalisierung

Der am 24. Februar 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat dem Thema des Antislawismus erhöhte Aufmerksamkeit verschafft. Einerseits gab es seit Kriegsbeginn eine Häufung von Vorfällen, bei denen russischsprachige Menschen, häufig fälschlicherweise, als »Russen« adressiert und kollektiv für den Krieg in der Ukraine verantwortlich gemacht wurden. Auf der anderen Seite gibt es eine gezielte Instrumentalisierung solcher Fälle: Sowohl bei den nationalistischen Pro-Putin-Autokorsos als auch auf der Homepage der russischen Botschaft in Deutschland wird der Eindruck erweckt, alle russischsprachigen Menschen in Deutschland würden diskriminiert. Zugleich werden das mangelnde Wissen der deutschen Öffentlichkeit über Osteuropa und der fehlende Respekt für die eigenständigen Interessen seiner Bewohner*innen, insbesondere der angegriffenen Ukraine, von Kritiker*innen als Kontinuität kolonialen Denkens interpretiert (Dudek 2022).

Antirassismus ohne Opferkonkurrenz

Ein historisch adäquater und nicht ausschließender Umgang mit dem Thema Rassismus müsste bestehende Essentialismen und Dichotomien überwin-

den und einen Konsens darüber etablieren, dass es nicht um Erinnerungs- oder Opferkonkurrenz gehen darf. Verschiedene rassistische Kategorien und Praktiken müssen mit ihren jeweiligen spezifischen Eigenschaften analysiert werden. Gerade den Rassismus gegen Menschen aus Osteuropa müssen wir dabei sehr ernst nehmen – ein »Rassismus gegen Weiße«, der die Menschen nicht trifft, weil sie »weiß« sind, sondern weil andere rassistische Hierarchisierungen äußerlich »weiße« Menschen treffen. Deshalb erscheint der Blick auf das Nachwirken des kolonialen Erbes im östlichen Europa – eine »Osterweiterung der Erinnerung« (Terkessidis 2019) und damit auch der Rassismusdebatte – als überfällig und dringend notwendig.

Veronika Kiesche

Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten. Verhandlungen von Antisemitismus und antislawischem Rassismus in der zweiten Generation jüdischer Kontingentflüchtlinge

3 Die vorliegende Veröffentlichung ist eine gekürzte Version meiner Masterarbeit am Zentrum für Antisemitismusforschung. Dafür wurden narrative Interviews auf methodischer Grundlage der Grounded Theory geführt. Eine längere Version wird auf meinem Profil von Academia.edu zu finden sein. Aufgrund der kleinen Zahl der Befragten und ihrer ähnlichen Bildungslaufbahnen ist diese Erhebung nicht repräsentativ. Sie gibt dennoch einen Einblick in die Verschränkungen von Antisemitismus und antislawischem Rassismus.

4 Der Begriff Kontingentflüchtling ist als Bezeichnung eigentlich nicht korrekt, auch wenn er etabliert ist und von offizieller Seite so verwendet wird. Die Gruppe der russischsprachigen Jüdinnen*Juden sind keine Flüchtlinge, wie sie die Genfer Flüchtlingskonvention definiert. Darüber hinaus existierte auch kein Kontingent, das die Zuwanderung geregelt hätte (vgl. Gorelik 2008: 2). Mangels Alternative wird der Begriff hier ebenfalls verwendet, aus Gründen der Lesbarkeit verzichten wir darauf, ihn in Anführungszeichen zu setzen.

5 Im Sommer 2021 kam es zu einer größeren Debatte – auch außerhalb der jüdischen Community –, inwiefern sogenannte Vaterjüdinnen*Vaterjuden jüdisch sind. Dabei geht es um die Halacha, das jüdische Religionsgesetz, demzufolge eine Person als Jüdin*Jude gilt, wenn sie eine jüdische Mutter hat. In der vorliegenden Arbeit möchte ich mich nicht in diese Debatte einschalten und Position beziehen, da mir dies nicht zusteht. Es wird jedoch ein Konflikt einer Interviewpartnerin in diesem Zusammenhang beschrieben.

1. Einleitung

Die Auswirkungen von Antisemitismus, Migration und Rassismus auf (potenziell) Betroffene werden gegenwärtig sowohl im öffentlichen als auch im wissenschaftlichen Diskurs zumeist getrennt voneinander betrachtet oder sogar als sich ausschließend: Jüdinnen*Juden werden nur in seltenen Fällen mit Migration in Verbindung gebracht – obwohl das Leben in der Diaspora per se von Migration geprägt ist. Die Mehrzahl der Jüdinnen*Juden, die heute in der Bundesrepublik leben, ist aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion immigriert. Seit mehreren Jahren machen jüdische Stimmen wie beispielsweise die Autor*innen Lena Gorelik und Sasha Marianna Salzmann auf diesen Umstand aufmerksam. Die Identität russischsprachiger Jüdinnen*Juden ist geprägt von Mehrdimensionalität. Die Ergebnisse der diesem Paper zugrunde liegenden Erhebung unterstreichen dieses Bild.

Grundlage der Studie³ sind vier Interviews mit jüdischen Kontingentflüchtlingen⁴ der zweiten Generation. Die Interviewten sprechen über ihre Identitäten, ihr Aufwachsen in Deutschland mit russischsprachigen Eltern sowie ihre Erfahrungen mit und Wahrnehmungen von Antisemitismus und Rassismus.⁵ Die Leitfrage war, inwiefern die Interviewten von Antisemitismus und Rassismus betroffen sind. Es kristallisierte sich im Laufe der Gespräche heraus, dass alle Befragten stark darauf achten, wem gegenüber sie sich als jüdisch erkennbar zeigen. Sie erklären dies mit der Sorge vor Antisemitismus. Antislawischen Rassismus erleben die Gesprächspartner*innen indirekt über ihre Eltern, die noch in der ehemaligen Sowjetunion aufgewachsen sind und sozialisiert wurden.

Historische Verortung

Jüdinnen*Juden waren in der Sowjetunion einem institutionellen Antisemitismus ausgesetzt. Zwar war die Lage weniger bedrohlich als noch im Zarenreich, als eine Vielzahl von Pogromen Jüdinnen*Juden das Leben kostete oder zur Flucht trieb. Doch auch unter der sowjetischen Herrschaft gab es Antisemitismus, der für Jüdinnen*Juden erhebliche Diskriminierung zur Folge hatte und tödlich enden konnte. *Glasnost* und *Perestroika* trugen dazu bei, dass das Judentum wieder als Religion gelebt werden und jüdische Kultur sich langsam etablieren konnte. Der Antisemitismus blieb jedoch virulent: Er ging nun zwar nicht mehr unmittelbar von den staatlichen Institutionen aus, antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft wurden vom Staat aber auch nicht unterbunden.

Neben der schlechten wirtschaftlichen Lage führten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion antisemitische Bedrohungen und Übergriffe dazu, dass zwischen 1989 und 2005 über eine Million Jüdinnen*Juden emigrierten,

davon ca. 220.000 nach Deutschland. Die Bundesrepublik ermöglichte zunächst ein vereinfachtes Aufnahmeverfahren, das über die Jahre hinweg zunehmend bürokratisch wurde.

In Deutschland angekommen erlebten die russischsprachigen Jüdinnen*Juden, über ihre Köpfe hinweg, eine Art Re-Definition ihrer kollektiven Zugehörigkeit: In der Sowjetunion waren sie Teil einer nationalen Minderheit, in Deutschland wurden sie nun per definitionem Teil einer Religionsgemeinschaft (vgl. Körber 2015: 23). Dabei war für die Kontingentflüchtlinge selbst die Wahrnehmung ihres Jüdischseins eher geprägt von »*ethnische[r] Zugehörigkeit, Antisemitismuserfahrungen, ausgeprägte[r] Intellektualität, Interesse für jüdische Geschichte und Philosophie und [...] eine[r] Mischung aus Elementen russischer und jüdischer Kultur*« (Kotowski 2015: 596), als von gelebter Religiosität und Zugehörigkeit zum Judentum. Letztere wiederum war und ist wegen des Religionsgesetzes bis heute für viele herkunftsdeutsche Jüdinnen*Juden das definitorische Merkmal der jüdischen Identität. Aufgrund dieser unterschiedlichen Vorstellungen kam es zu Konflikten zwischen einigen alteingesessenen jüdischen Gemeinden und den Zugewanderten, die teilweise bis heute anhalten: So berichtet eine Befragte von der Schwierigkeit, sich trotz der Ablehnung seitens der Gemeinde aufgrund ihrer »nur« patrilinearen jüdischen Wurzeln als Jüdin zu begreifen. Andernorts jedoch konnten durch den Zuzug von russischsprachigen Jüdinnen*Juden jüdische Gemeinden überhaupt erst wieder entstehen.

Antisemitismus und antislawischer Rassismus im Bild des »Ostjuden«
Verbindungen zwischen Antisemitismus und antislawischem Rassismus finden sich bereits in Heinrich von Treitschkes (1834–1896) antijüdischer Streitschrift *Unsere Aussichten*, die 1879 den Berliner Antisemitismusstreit auslöste. Treitschke beschrieb die polnisch-jüdische Migration als eine angeblich schicksalhafte Gefahr für das deutsche Volk und die deutsche Kultur: Die Kinder und Enkelkinder der kinderreichen Zuwanderergruppe würden in kürzester Zeit sowohl das Finanz- als auch das Zeitungswesen übernehmen (vgl. Kurth & Salzborn 2009: 310).

Zwei Jahrzehnte nach Treitschkes Schrift tauchte die Bezeichnung »Ostjuden« für Jüdinnen*Juden aus Osteuropa auf.⁶ Über die Jahre wurde das Bild des Ostjuden dann vermehrt mit antisemitischen Stereotypen aufgeladen (vgl. Pickhan 2015: 50 f.), vor allem auch mit der Annahme einer kulturellen Rückständigkeit der aus dem Osten stammenden Jüdinnen*Juden.

»Aus westlicher Perspektive galten diese als anachronistisch, rückständig, laut, grob und schmutzig – mithin als Verkörperung einer als separatistisch angesehenen Ghettokultur und -mentalität.« (Saß 2013: 460)

Die Bezeichnungen Ostjuden und Westjuden sind nicht nur geographische Zuschreibungen, sondern sie bilden vielmehr eine Gegenüberstellung von konkurrierenden Lebensweisen ab (vgl. Saß 2013: 459 f.). Jüdinnen*Juden aus

6 Der Schriftsteller Nathan Birnbaum (1864–1937) unterschied zwischen dem Judentum des Ostens und dem des Westens (vgl. a. a. O.: 459).

Osteuropa wurden nun als das ganz *Andere* konstruiert – und auch als Gegenteil der emanzipierten und integrierten deutschen Jüdinnen*Juden (vgl. Kurth & Salzborn 2009: 311 ff.). Gerade den slawischen Jüdinnen*Juden schlug am Anfang des 20. Jahrhunderts ein starker Antisemitismus in Deutschland entgegen.

Unter den deutschen Jüdinnen*Juden gab es unterschiedliche Perspektiven und Reaktionen auf die Zugewanderten aus dem Osten: Die einen fürchteten um ihre Emanzipations- und Integrationsfortschritte in der bürgerlichen Gesellschaft, die anderen, zumal jüngere Jüdinnen*Juden, entdeckten in den aus dem Osten kommenden ein Gegenteil zu den assimilierten westeuropäischen Jüdinnen*Juden und bewunderten sie (vgl. Pickhan 2015: 54). Das negative Ostjudenstereotyp vieler nichtjüdischer Deutscher prägte die Vorstellung vom »Juden an sich« (vgl. ebd.).

Das Überlegenheitsmotiv der nichtjüdischen Deutschen gegenüber dem als unzivilisiert wahrgenommenen Osten verband antislawische und antisemitische Vorstellungen. Die verstärkte Zuwanderung aus dem Osten war eine Fluchtreaktion auf antijüdische Pogrome, zugleich stieg mit der wachsenden Zahl an Zuwandernden der antislawisch geprägte Antisemitismus in Deutschland. Dies führte 1918 dazu, dass das preußische Innenministerium den Zuzug von jüdischen Migrant*innen aus dem Osten verbot und damit einer dezidiert antisemitischen Stimmung Folge leistete (vgl. Saß 2013: 462).

In der Weimarer Republik bezogen sich völkisch-nationalistische Gruppierungen mit antisemitischen Zuschreibungen, Diffamierungen und Stigmatisierungen auf die Ostjuden:

»Im Gefolge der Novemberrevolution standen sie synonym für die bolschewistische und anarchistische Gefahr, in den Jahren der wirtschaftlichen Depression vor allem für die ›Schieber‹, ›Schleikhändler‹ und ›Spekulanten‹. [...] Das Bild des gebeugten, krummnasigen Juden mit Schläfenlocken und Kaftan verkörperte für die Nationalsozialisten die ›Minderwertigkeit‹ [...] in besonders offensichtlicher Form. Sie diffamierten die Juden des östlichen Europas als ›Ungeziefer‹ und ›Raubtiere‹, denen ›keine Spur menschlicher Regungen‹ mehr eigen sei.«
(a. a. O.: 463)

Das historische Bild des Ostjuden verband sowohl antislawische als auch antisemitische Ressentiments. Die abwertende Haltung gegenüber russischsprachigen Jüdinnen*Juden in den 1990er und 2000er Jahren in Deutschland kann in einer historischen Kontinuität mit diesem Bild des Ostjuden gesehen werden.

Antislawischer Rassismus in der medialen Berichterstattung

Die Verbindung von antislawischen und antisemitischen Elementen zeigte sich in der Berichterstattung über die Aufnahmeverfahren von russischsprachigen

Jüdinnen*Juden in Deutschland ab Mitte der 1990er Jahre. Die Printmedien trugen stark zur öffentlichen Wahrnehmung der jüdischen Zugewanderten bei, auch weil kaum Deutsche überhaupt in Kontakt mit den wenigen eingewanderten Kontingentflüchtlingen kamen. In Form von Schlaglichtern soll deshalb im Folgenden die Darstellung der russischsprachigen Migrant*innen in *Der Spiegel* und der *Süddeutschen Zeitung* beleuchtet werden. Hier lässt sich beispielhaft erkennen, welches Bild in den Printmedien über die jüdischen Kontingentflüchtlinge verbreitet wurde und wie es sich veränderte. Sowohl antisemitische als auch antislawische Konnotationen waren Teil der Berichterstattung. Der antislawische Rassismus war dabei geprägt von einer soziokulturellen Überlegenheitsvorstellung seitens des Westens gegenüber den slawischen, postsowjetischen Staaten. Antisemitismus dagegen äußerte sich unter anderem im Vorwurf der Illoyalität und betrügerischer Geschäftspraktiken.

Die ersten Berichte in *Der Spiegel* Mitte der 1990er Jahre befassten sich positiv mit der Zuwanderung der russischsprachigen Jüdinnen*Juden. Schwerpunkt der Berichterstattung waren beispielsweise der in der Sowjetunion verbreitete Antisemitismus und die deutsche Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Der Zuzug von Jüdinnen*Juden wurde als ein Zeichen der erfolgreichen Bewältigung deutscher Vergangenheit interpretiert (vgl. *Der Spiegel* 1994: 173 ff.). Wenig später änderte sich die Berichterstattung im *Spiegel* jedoch und Vorwürfe der Erschleichung des Kontingentflüchtlingsstatus wurden in den Fokus gerückt: In einer Ausgabe des Jahres 1996 berichtet *Der Spiegel*, jüdische Migrant*innen reisten nicht auf Grund von Diskriminierung aus den GUS-Staaten aus, sondern vorrangig aus wirtschaftlichen Gründen und dies entspreche nicht den Voraussetzungen, unter denen Jüdinnen*Juden die Einreise nach Deutschland genehmigt worden sei (vgl. *Der Spiegel* 1996: 24).

Zentral war auch der Vorwurf, die Migrant*innen würden falsche Angaben über ihre jüdische Zugehörigkeit machen (vgl. ebd.). Mit ebenjenem Vorwurf fand die Berichterstattung im Jahr 1999 in einem dreiseitigen *Spiegel*-Artikel unter der Rubrik *Juden* einen traurigen Höhepunkt: In dem Artikel geht es nicht etwa um jüdisches Leben in Deutschland, sondern um die Erschleichung des Status als jüdischer Kontingentflüchtling durch Jüdinnen*Juden und wie ausgenutzt werde, dass die deutschen Behörden die jüdische Identität nicht genau prüfen würden (vgl. *Der Spiegel* 1999: 70 ff.). Dann wird dargestellt, wie Polizei und Staatsanwaltschaft vermeintlichen Betrug aufdecken. Das in dem Artikel verwendete Narrativ von Jüdinnen*Juden, die das System nur für ihre eigenen Zwecke ausnutzen würden und deshalb nicht vertrauenswürdig seien, ist ein wiederkehrender Topos des Antisemitismus.

In der Berichterstattung dieser Jahre über die Kontingentflüchtlinge findet sich sowohl antimigrantische als auch antisemitische Rhetorik. Auch in der *Süddeutschen Zeitung* variierten die Artikel zwischen Interesse an den Herausforderungen der Migration (vgl. Holzamer 2000: 5; Mietghe 2006: 56; Roll 1992: 3; Spahn 2000: 10) und Misstrauen gegenüber Migrant*innen (vgl. Müller 2002:5, Schmitz 1998: 3). Erzählt wurden in den Medien auch Erfolgsgeschichten von russischsprachigen Jüdinnen*Juden, die in Deutschland Karriere machten, wie beispielsweise die Journalistin Marina Maisel (vgl. Maier-

Albang 2006: 20). Dass die bundesweite Presse ambivalent berichtete, ist im Zeitkontext nicht verwunderlich: Das Thema Zuwanderung war gerade in den 1990er Jahren in der Öffentlichkeit sehr präsent und wurde kontrovers diskutiert. Die Diskussionen wurden dabei nicht selten durch Narrative wie dem einer angeblichen Massenzuwanderung angestachelt. Die Stimmungsmache hatte bereits Anfang der 1990er Jahre zu gewaltvollen rassistischen Ausschreitungen geführt, beispielsweise in Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992. Mit dem allgemeinen Argwohn und Misstrauen in Deutschland gegenüber Migrant*innen sahen sich auch die erste und dann die zweite Generation der russischsprachigen Jüdinnen*Juden konfrontiert.

2. Interviewanalyse: Das Verwalten von Sichtbarkeit als Jüdin*Jude

Im Folgenden werden zunächst die vier Interviewpartner*innen eingeführt. Anschließend werden ihre Erfahrungen und ihr Umgang mit Antisemitismus beschrieben und danach auf ihre Erfahrungen mit strukturellem antislawischem Rassismus eingegangen.

Zwei der Befragten sind männlich und zwei weiblich. Sie sind 25 bis 31 Jahre alt und in einem akademischen Milieu zu verorten. Die Befragten leben mehrheitlich in großen bis sehr großen Städten in Deutschland. Eine Interviewte wanderte vor Kurzem aus. Zwei der Interviewten wurde in Deutschland geboren, die anderen beiden wuchsen in (post-)sowjetischen Gebieten auf und haben daher im Kindesalter selbst Migrationserfahrungen gemacht. Die Auswahl der Befragten erfolgte über das Schneeballverfahren. Diese beschrieben sich vorab selbst als jüdische Kontingentflüchtlinge der zweiten Generation und wurden entsprechend dieser Selbstbezeichnung ausgewählt.

2.1 Interview 1: Anna M., matrilinear, säkular

AMs Eltern kamen Mitte der 1990er Jahre nach Deutschland. Bald zog auch die Großmutter nach, die als Kind die Shoah überlebte. In der jüdischen Gemeinde wurde AM früh musikalisch und kulturell gebildet, hauptsächlich dadurch kam sie in Kontakt mit einem jüdisch-religiösen Kulturleben – was AM als »*jüdische Sozialisation*« bezeichnet. AMs Familie ist nicht religiös und lebt mit minimalem Bezug zu kulturell-jüdischen Traditionen, sodass sich AMs Wissen über das Judentum auf die Erfahrungen rund um die jüdische Gemeinde beschränkt. Darüber hinaus gestaltete sich das Familienleben mit dem neuen Partner der Mutter sehr »*deutsch-deutsch*«: AMs Mutter glich sich dem deutschen Partner und der deutschen Mehrheitsgesellschaft an und trat aus der jüdischen Gemeinde aus. Ein Schritt, den sie AM seither auch wiederholt ans Herz legt. AM hadert jedoch mit der Entscheidung, da sie in der Gemeinde eine Bestätigung ihrer Zugehörigkeit und Identität erfährt. Als AM noch ein Kind war, übernahm die Großmutter eine wichtige Betreuungsfunktion, da beide Elternteile arbeiteten. Beispielsweise brachte sie AM zum Musikunterricht in der jüdischen Gemeinde und holte sie von dort wieder ab. Die Großmutter war diejenige, die AMs Umgang mit ihrer Sichtbarkeit und Selbstwahrnehmung als Jüdin nachhaltig prägte:

»Ich habe als Kind total gerne gesungen und hab dann auch teilweise in der U-Bahn angefangen zu singen. Aber halt auf Hebräisch oder Jiddisch. Und meiner Oma hat das halt total Angst gemacht und sie hat mir das verboten. [...] Auch in der Grundschule das zu erzählen.«

Die Großmutter gibt AM aus Sorge vor Diskriminierung eine Verhaltensweise mit auf den Weg, die sich aus ihrem Überleben der Shoah und später aus dem Leben in der Sowjetunion ableitet: Die Sichtbarkeit als Jüdin aktiv selbst zu verwalten und nicht darauf zu vertrauen, dass Antisemitismus in Deutschland in AMs Leben keine Rolle spielen würde. AM übernimmt schließlich die von der Großmutter angeratene Verhaltensweise, sich niemandem – auch engen Freund*innen nicht – als Jüdin erkennen zu geben. Die Sorge vor Antisemitismus und Diskriminierung trägt dazu bei, dass AMs selbstbewusstes Selbstverständnis als Jüdin sich erst im Erwachsenenalter entwickelte und ein bis heute anhaltender Prozess ist. Dies verdeutlicht, wie stark die Sorge vor Antisemitismus in die freie Selbstentfaltung von Jüdinnen*Juden eingreift. AM beschreibt, dass das Sichtbarwerden als Jüdin einerseits Selbstermächtigung bedeuten und Identifikationsmomente für sich selbst schaffen kann. Andererseits gehen damit aber auch unerwünschte Projektionen und Zuschreibungen Dritter einher, die nicht kontrolliert werden können. So berichtet AM im Interview, sobald sie sich als Jüdin zu erkennen gebe, werde sie aufgefordert, sich im Erinnerungsdiskurs und in Debatten um den Nahostkonflikt zu positionieren. Der Aufforderung liegt die fehlerhafte Vorstellung zugrunde, Jüdinnen*Juden seien ein Kollektiv, alle Jüdinnen*Juden würden immer eine enge Beziehung zu Israel pflegen und wären quasi Staatsvertreter*innen Israels.

2.2 Interview 2: Dmitrij K., matrilinear, säkular

DK migrierte gemeinsam mit seinen Eltern Anfang der 2000er Jahre im Alter von neun Jahren aus der Ukraine nach Deutschland. Auch seine Großeltern, die die Shoah überlebten, sind nun in Deutschland. Die Familie ist nicht religiös. Sie gratulieren sich gelegentlich zu jüdischen Feiertagen und kennen koschere Rezepte. Für DKs Großeltern ist es trotz ihres Überlebens der Shoah kein Widerspruch, in Deutschland zu leben. Sie lebten bereits in der Sowjetunion säkular als überzeugte Kommunist*innen. In Deutschland gehen die Großmutter und der Großvater unregelmäßig in die jüdische Gemeinde, um bei Kulturveranstaltungen in Kontakt und Austausch mit anderen russischsprachigen Personen zu kommen. Aus dieser säkularen Lebenspraxis heraus gab es für DK kaum Identifikations- oder Berührungspunkte mit dem Judentum. In seiner Selbstbeschreibung definiert er sich deshalb folgendermaßen: *»Ich nehme mich selbst als in erster Linie deutsch wahr, dann mit sehr, sehr großem Abstand als jüdisch und als allerletztes als ukrainisch.«* DK berichtet außerdem, dass niemand in seinem sozialen Umfeld wisse, dass er jüdisch sei. Dies sei kein ausschlaggebender Teil seiner Identität. Aus dieser Logik her-

aus begründet DK, dass er und seine Familie im Alltag praktisch keine Berührungspunkte mit Antisemitismus hätten:

»Tatsächlich muss ich sagen, [dass] niemand von uns im Alltag Antisemitismus erfährt. Also man muss natürlich auch sagen, wir leben auch nicht wirklich irgendwie jüdisch. Da gibt es natürlich wenig Gelegenheiten, Antisemitismus zu erleben.«

Andererseits hebt DK hervor, dass er in seinem Alltag mit israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert sei, auch wenn dieser nicht direkt an ihn adressiert sei.

2.3 Interview 3: Stefan F., patrilinear, Christ

SF migrierte Anfang der 1990er Jahre gemeinsam mit seinen beiden Geschwistern und den Eltern aus der Ukraine nach Deutschland. Zu diesem Zeitpunkt war SF vier Jahre alt. SF steht mit einem jüdischen Vater und einer nicht-jüdischen Mutter exemplarisch für eine Generation patrilinearere Jüdinnen* Juden, die heute in Deutschland leben. Er wurde in der Ukraine christlich erzogen, besuchte einen evangelischen Kindergarten und beschreibt sich heute als Christ. Seine Eltern haben einen Wandel innerhalb der jüdischen Gemeinde vollzogen: Seit dem Tod der Großmutter väterlicherseits, die vor einigen Jahren in Deutschland jüdisch bestattet wurde, besuchen die Eltern regelmäßig die Gottesdienste der örtlichen jüdischen Gemeinde. Sie haben seither das Judentum wiederentdeckt, reisen ab und an nach Israel und versuchen auch SF zu animieren, in die Synagoge zu gehen. Dieser teilt diesen Wunsch jedoch nicht. Nichtsdestotrotz beschreibt SF, dass die jüdische Abstammung für seine Familie, ihn eingeschlossen, eine große Bedeutung habe. Dabei spielen auch Antisemitismus und andere negative Identifikationspunkte eine Rolle: Der jahrzehntelange Ausschluss aus der Mehrheitsgesellschaft und die Fremdmachung in der Sowjetunion, die antisemitische Ausgrenzung und die negativen Zuschreibungen würden sich, so vermutet SF, in der Familienbiografie und seiner eigenen Identität verstetigen. Wenn nicht religiös, so nimmt sich SF doch in Form einer familienbiografischen, kulturellen Ausprägung als Jude wahr. Weil seine Eltern neuerdings an Feiertagen in die Synagoge gehen, fühlt sich SF mit Antisemitismus unmittelbarer konfrontiert. Als 2019 ein Attentäter versuchte, an Jom Kippur die Synagoge in Halle zu stürmen, waren auch seine Eltern in einer Synagoge zum Gottesdienst:

»[S]obald ich jetzt mit meinen Eltern zu tun habe, dann wird es [der Antisemitismus] mir schon irgendwie wieder präsenter. [...] [A]uch wenn sowas passiert wie in Halle. Also, da habe ich auch das Gefühl, dass mich das irgendwie anders irgendwie tangiert als jetzt andere. Weil ich zu dem Zeitpunkt, weil ich

wusste einfach, dass meine Eltern an dem Abend auch in der Synagoge sind und ja, ich weiß nicht. Das hat jetzt, glaube ich, in mir was anderes ausgelöst, weil ich mir dann halt denke: Das hätte auch meinen Eltern passieren können.«

SFs Gefühle der Betroffenheit über antisemitische Übergriffe gehen noch tiefer: Es geht ihm nicht nur um seine Eltern, die womöglich Opfer von Übergriffen werden können, sondern auch darum, selbst potenziell Opfer sein zu können, hätten seine Eltern ihn religiös jüdisch erzogen.

2.4 Interview 4: Katharina T., patrilinear, säkular-praktizierende Jüdin, zum Zeitpunkt des Interviews im Verfahren zum Gemeindemitglied

KTs Eltern kamen Anfang der 1990er Jahre nach Deutschland. Sie selbst wurde nur wenige Tage nach der Ankunft der Eltern geboren. KT erfuhr, wie AM auch, eine Form der »*jüdischen Sozialisation*«. Diese fand hauptsächlich über Bekanntschaften statt, die die Mutter noch aus dem Wohnheim für Kontingentflüchtlinge führte. Außerdem lernte KT in der örtlichen jüdischen Gemeinde, die zunächst als eine Art Kulturclub fungierte, Russisch und Ukrainisch. Später verließen Mutter und Tochter jedoch die Gemeinde, nachdem die Mutter als Nichtjüdin und KT als patrilineare Jüdin dort Anfeindungen erlebt hatten. Entgegen der Zuschreibung der Gemeinde hat KT ein klares Verständnis von sich als Jüdin.⁷ Erst im Erwachsenenalter versteht sie die Gemengelage zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und religiöser Zugehörigkeitsvoraussetzung zur jüdischen Gemeinde: Während ihr die Gemeinde die Zugehörigkeit als Jüdin abspricht, erhält sie von der deutschen Mehrheitsgesellschaft klare Zuschreibungen, wenn sie von sich als Jüdin spricht. KT agiert deshalb entlang derselben Strategie, die AM von ihrer Großmutter gelernt hat: sich nur im sicheren Umfeld als jüdisch zeigen. KTs Familiengeschichte fußt auf dem Leben als Jüdin*Jude, welches stets von Projektion und gesellschaftlichem Ausschluss geprägt war – erst in der Sowjetunion und später in Deutschland. KT empfindet ihren Ausschluss aus der jüdischen Gemeinde als patrilineare Jüdin als schmerzhaft, besonders in Hinblick auf die antisemitischen Erfahrungen der Großeltern und Eltern in der Sowjetunion, die letztlich zur Emigration führten. Dieser fremdbestimmten Absprache ihrer jüdischen Identität widerspricht KT heute vehement.

Auch in dem Narrativ dieser vierten Befragten ist das Verwalten der Sichtbarkeit ein starkes Element, um eigenmächtig zu entscheiden, in welchen Situationen sie als Jüdin auftreten und in welchen sie nicht als Projektionsfläche dienen möchte:

»[Manchmal haben] mich Menschen auf eine ganz unangenehme Art und Weise angesprochen. Ob ich denn jüdisch sei. Was ich dann kurz verneint habe und das gar nicht bewusst. Sondern erst das gesagt und danach auf die Zunge biss. War-

⁷ Wenngleich die Jüdische Gemeinde entsprechend der Halacha nur matrilineare Jüdinnen*Juden als vollwertig ansieht, war die Lebensrealität der sowjetischen Jüdinnen*Juden eine andere. Jüdischsein galt als Nationalität und wurde vom Vater auf die Kinder vererbt.

um machst du das gerade? Ich mich aber nicht zurückhalten konnte. Weil ich eben in diesem Moment oft einfach diese Plattform nicht bieten wollte.«

KT erläutert, dass nicht nur Sorge vor antisemitischen Vorfällen ein Grund für die eigene Unsichtbarmachung als Jüdin war, sondern jegliche stereotype Zuschreibungen und Projektionen auf Jüdinnen*Juden problematisch seien. Jüdischsein werde als Merkmal auf Individuen projiziert, ohne dass diese darauf Einfluss nehmen können. Über die Jahre fand KT eine Form der Selbstermächtigung über ihre eigene Identität: *Jüdisch* stellt für sie weiterhin einen umkämpften Begriff dar, als Eigen-, aber auch als Fremdzuschreibung.

2.5 Zusammenfassung: Sichtbarkeit von Jüdinnen*Juden

Die vorangegangenen Darstellungen der spezifischen jüdischen Identitäten stellen die individuellen Selbstwahrnehmungen der vier Befragten dar. Es zeigte sich, dass unklare Zugehörigkeiten für Krisen in der Selbstwahrnehmung von Identitäten sorgen können. Die Interviewten haben eigene Vorstellungen von ihrer Identität, die auch mit den jeweiligen individuellen (Familien-)Biografien korrespondieren. Das »Jüdische« scheint in der Vergangenheit in DKs Familie eine weitaus größere Bedeutung eingenommen zu haben, als dies heute der Fall ist. Dennoch gibt es selbst für DK Identifikationsmomente mit dem Judentum, auch wenn diese nicht aus religiösen, sondern aus modernen, säkularen und kulturellen Bezügen bestehen. Für KT wiederum ist die Familiengeschichte eng verknüpft mit dem Judentum. Allein schon wegen spezifischen familiären Erfahrungen sieht sie ihre Existenz in Deutschland begründet. Für die Interviewpartner*innen ist das gewaltvolle Potenzial des Antisemitismus ausschlaggebend dafür, dass sie sich nur in sicherer Umgebung als Jüdin*Jude zu erkennen geben. Alle vier Befragten wenden die Handlungsstrategie der Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarmachung an. Dies ist nicht nur notwendig, um antizipierte Diskriminierung als jüdische Person zu vermeiden, sondern auch, um nicht gegen den eigenen Willen von Dritten als Projektionsfläche benutzt zu werden. Die Auswertungen von RIAS zu antisemitischen Vorfällen im Bundesgebiet des ersten Halbjahrs 2020 zeigt, dass die meisten Vorfälle auf offener Straße, im öffentlichen Personennahverkehr und im eigenen Wohnumfeld stattfinden (vgl. RIAS 2020: 24)⁸ – an Orten also, an denen es für die Betroffenen nicht möglich ist, zu kontrollieren, wer sich dort aufhält. Dieser Umstand und das Auftreten des Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem macht es nachvollziehbar, dass die Befragten entscheiden, wem sie sich als jüdisch zu erkennen geben und wem nicht.

⁸ In der Auswertung des gesamten Jahres 2020 hat sich diese Abstufung verschoben, was u.a. auf die Corona-Pandemie zurückzuführen ist, in der einerseits Ausgangsbeschränkungen für weniger Fluktuation an bestimmten Orten sorgten und andererseits vermehrt antisemitische Vorfälle im Internet sowie an Gedenk- und Erinnerungsorten gemeldet wurden. Antisemitische Vorfälle ereignen sich laut der Jahresauswertung von 2021 an erster Stelle im Internet, dann auf der Straße, an Gedenkorten, ÖPNV und an fünfter Stelle im Wohnumfeld (vgl. RIAS 2022: 29).

3. Interviewanalyse: Migration russischsprachiger Jüdinnen*Juden und anti-slawischer Rassismus

Die Interviewpartner*innen sind zwischen 1989 und 1994, also kurz vor bzw. nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, in noch sowjetischen Regio-

nen oder schon in Deutschland geboren. Aus unterschiedlichen Gründen entschieden sich ihre Familien zu emigrieren. Die Migration stellt für sie ein essenzielles familienbiografisches Ereignis dar, das sie und ihre Familiengeschichte stark prägt. Insbesondere der antislawische Rassismus, den die erste Generation erfuhr, beschäftigt alle Interviewpartner*innen. Mit der Emigration findet in einigen Familien zeitweise eine Art Verkehrung der Eltern-Kind-Rollen statt. Durch die kindliche Anpassungsfähigkeit erlernte die zweite Generation der jüdischen Kontingentflüchtlinge schneller das von der Mehrheitsgesellschaft erwartete Verhalten. Für DK beispielsweise bedeutet dies eine Verunsicherung: »*Es gab irgendwann so Situationen, wo ich besser Bescheid wusste als meine Eltern. Was eine komische Situation ist für ein Kind.*« Dies hat in DKs Fall eklatante Auswirkungen auf seine Kindheit, weil diese für ihn im Alter von neun Jahren quasi endet.

Antislawischer Rassismus drückt sich auch strukturell aus. Diesen strukturellen Rassismus erfuhren die Befragten überwiegend indirekt über ihre Eltern. Trotz abgeschlossener akademischer Ausbildungen und erfolgreichem Berufseinstieg im Herkunftsland wurden die Abschlüsse der Eltern nicht anerkannt. Um eine langfristige Deklassierung zu umgehen und den ursprünglich erhofften Lebensstandard zu erreichen oder wenigstens auf das frühere ökonomische und soziale Niveau zurückzugelangen, nahmen die Eltern Fortbildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen in Kauf. Die zusätzliche Ausbildungszeit erschwerte das familiäre Zusammenleben. So waren und sind die finanziellen Ressourcen stets knapp und auch die Betreuung der Kinder litt darunter. DK betont, dass vor allem Personen aus Zentral- und Osteuropa mit ihren herkömmlichen Abschlüssen kaum Einstiegsmöglichkeiten in den deutschen Arbeitsmarkt bekämen. KT berichtet davon, dass ihre Mutter, obwohl sie am Existenzminimum lebt, eine neue Ausbildung macht, um in Deutschland Fuß zu fassen. SFs Eltern wiederum arbeiten aufgrund der Nichtanerkennung der vorherigen Berufe im Niedriglohnsektor.

4. Fazit

Im vorliegenden Text wurde anhand von vier Individualbiografien Erfahrungen von russischsprachigen Jüdinnen*Juden der zweiten Generation vorgestellt. In der Analyse wurde deutlich, dass die Verwaltung der eigenen Sichtbarkeit als Jüdin*Jude sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum für die Interviewten eine Notwendigkeit darstellt. Obgleich sich die Interviewten nur kontextabhängig als jüdisch beschreiben, wird die mögliche Konfrontation mit Antisemitismus von den ihnen immer mitgedacht. Antisemitismus wirkt dabei als negatives Identifikationsmoment über mehrere Generationen hinweg: Die Befragten erfuhren teilweise eine transgenerationale Traumatisierung durch die Shoah. Öffentlichkeitswirksame antisemitische Fälle wie der des versuchten Anschlags auf die Synagoge in Halle, wirken sich auch auf die Interviewten aus, es entsteht ein Gefühl potenzieller Gefährdung. Sie berichten, sich nach solchen Vorfällen um die eigenen Angehörigen und sich selbst zu sorgen. Zum anderen berichten die Interviewten davon, auf persönlicher Ebene direkt von israelbezogenen Antisemitismus betroffen zu sein. Neben

der Frage nach der allgemeinen Sichtbarkeit als Jüdin*Jude stellt sich vor allem für eine Interviewte aufgrund ihrer Patrilinearität die Frage nach der anerkannten Zugehörigkeit zum Judentum.

Zudem wurde im vorliegenden Text ein Blick auf die biografische Bedeutung Migration für russischsprachige Jüdinnen*Juden geworfen. Negative Erlebnisse in der Kindheit prägten die Verhaltensweisen der Interviewten. Sie standen unter Leistungs- und Beweisdruck, sich in die Mehrheitsgesellschaft einzufügen. Mehrheitlich gelang dies den Interviewten – dennoch übten sie in den Gesprächen starke Kritik an der Gesellschaft, die es der ersten Generation der jüdischen Kontingentflüchtlinge bis heute schwer macht. Die Interviewten verfügen über ähnliche Erfahrungen, unterscheiden sich jedoch anhand ihrer kompensatorischen Handlungsstrategien. Diese Feststellungen sind in keiner Weise als Wertung gegenüber den Verhaltensweisen der Befragten zu interpretieren. Vielmehr sind sie ein Appell an die Mehrheitsgesellschaft, sich die Probleme und Herausforderungen bewusst zu machen, mit denen sich Kinder jüdischer Kontingentflüchtlinge bis heute konfrontiert sehen.

Antisemitismus und antislawischer Rassismus waren bereits vor über hundert Jahren überlappende Diskriminierungsformen, die gegen Jüdinnen*Juden aus Osteuropa gerichtet wurden. Auch in der medialen Berichterstattung über russischsprachige Jüdinnen*Juden in den 1990er und frühen 2000er Jahren finden sich antisemitische und rassistische Elemente. Die Kontinuität des antislawischen Rassismus und Antisemitismus sowie dessen Auswirkungen sollte stärker in den Fokus der Forschung gerückt werden. Antisemitismus, Migration und Rassismus werden im öffentlichen als auch im wissenschaftlichen Diskurs oft noch getrennt voneinander betrachtet: Jüdische Menschen werden nicht als migrantisch und deshalb nicht als von Rassismus Betroffene wahrgenommen. Die Auswertung der Interviews weisen in eine entgegengesetzte Richtung und machen die Verschränkungen von Antisemitismus und Rassismus sowie die Mehrdimensionalität individueller Identitäten deutlich. Für die empirische Sozialforschung ist die Erfassung dieser Mehrdimensionalität eine Herausforderung, bedeutet aber zugleich eine genauere Abbildung der sozialen Realität. Durch Multiperspektivität und das Ernstnehmen der Perspektiven der Betroffenen kann es gelingen, Antisemitismus und Rassismus in ihren verschiedenen Manifestationen zu analysieren, um Diskriminierung zukünftig zu verhindern und Betroffene unterstützen und schützen zu können.

Literatur

- Aust, M. (2021): Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939–1945. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Dudek, T. (2022): Der Antislawismus lebt: Der deutsche Blick nach Osten ist kolonial geprägt. In: ntv, 16.04.2022, online unter: <https://www.n-tv.de/politik/Der-deutsche-Blick-nach-Osten-ist-kolonial-gepraegt-article23272049.html> (abgerufen am 28.07.2022).
- Der Spiegel*, 1994: Ausgerechnet ein Jude (Jg. 1994/16) S. 173–180.
- Der Spiegel*, 1996: »Eine gewisse Unsicherheit.« Interview mit Ignatz Bubis über jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (Jg. 1996/22) S. 24.
- Der Spiegel*, 1999: Sehr schwieriges Ermittlungsfeld (Jg. 1999/13) S. 70–74.
- Eisler, C. (2015): Auslandsdeutschtum. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, online unter: <https://onlinelexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/auslandsdeutschtum> (abgerufen am 28.07.2022).
- Garner, S. (2007): Whiteness. An introduction. London, New York: Routledge.
- Gorelik, L., 2008: Zwischen Integration und Isolation: Russische Juden in Deutschland, S. 1–3 in OST-WEST Europäische Perspektiven, Jg. 2008/3.
- Gorelik, L. (2021): Wer wir sind. Berlin: Rowohlt.
- Gosewinkel, D. (2001): Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Holzamer, H.-H., 2000: Der falsche Traum vom glanzvollen Neustart. Jüdische Zuwanderer aus den GUS-Staaten kommen vergleichsweise leicht nach Deutschland, finden hier aber selten Arbeit. Süddeutsche Zeitung (Nr. 133) S. V1/1.
- Kienemann, C. (2018): Der koloniale Blick gen Osten. Osteuropa im Diskurs des Deutschen Kaiserreiches von 1871. Paderborn: Schöningh.
- Kopp, K. (2012): Germany's Wild East. Constructing Poland as Colonial Space. Ann Arbor: Michigan University Press.
- Körper, K., 2015: Zäsur, Wandel oder Neubeginn? S. 13–36 in K. Körper (Hrsg.), Russisch-jüdische Gegenwart in Deutschland: interdisziplinäre Perspektiven auf eine Diaspora im Wandel. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kotowski, E.-V., 2015: Kulturelle Identität und die Metapher von den gepackten Koffern. Ein Rückblick und eine Vorschau. S. 593–602 in E.-V. Kotowski (Hrsg.), Das Kulturerbe deutschsprachiger Juden: eine Spurensuche in den Ursprungs-, Transit- und Emigrationsländern. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Kurth, A. / Salzborn, S. (2009): Antislawismus und Antisemitismus. Politisch-

- psychologische Reflexionen über das Stereotyp des Ostjuden. S. 309–325 in: E. Dmitrów / T. Weger (Hg.), Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang Verlag.
- Maier-Albang, M., 2006: Neues Land, fremder Ritus. Russische Kontingentflüchtlinge verändern die jüdischen Gemeinden. Süddeutsche Zeitung (Nr. 258) S. 20.
- Mietghe, C., 2006: Gute Zeugnisse, doch keine Arbeit. Warum sogar hochqualifizierte Immigranten sich schwer tun, in München einen Job zu finden. Süddeutsche Zeitung (Nr. 267) S. 56.
- Müller, S., 2002: Deutsch pauken für die Integration. Süddeutsche Zeitung (Nr. 133) S. N1.
- Lehnstaedt, S. (2015): Ober Ost. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, online unter: <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/regionen/ober-ost> (abgerufen am 28.07.2022).
- Othmann, R. (2022): Die blinden Flecken antirassistischer Diskurse. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 27.04.2022, online unter: <https://bit.ly/3cOUL5p> (abgerufen am 28.07.2022).
- Panagiotidis, J. (2021): Postsowjetische Migration in Deutschland. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Panagiotidis, J. / Petersen, H.-C.: Geschichte und Gegenwart des antiosteuropäischen Rassismus und Antislawismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 08.07.2022, online unter: <https://bit.ly/3j9RKsy> (abgerufen am 28.07.2022).
- Petersen, H.-C. (2020): Deutsche Antworten auf die »slavische Frage«. Das östliche Europa als kolonialer Raum in den Debatten der Frankfurter Paulskirche. S. 54–79 in: M. Fahlbusch / I. Haar / A. Lobenstein-Reichmann / J. Reitzenstein (Hg.), Völkische Wissenschaften. Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen. Berlin / Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Pickhan, G., 2015: »Ostjudentum« und Mizrekh-Yidishkeyt: Begriffskonstruktionen, Selbstwahrnehmungen und Fremdzuschreibungen. S. 49–62 in P. Mettauer / B. Staudinger (Hrsg.), »Ostjuden« - Geschichte und Mythos. Innsbruck / Wien / Bozen: StudienVerlag.
- Prokopkin, S. (2022): Antislawismus intersektional. In: Instagram, 12.01.2022, online unter: https://www.instagram.com/p/CYoWSY1s_2O/?hl=de (abgerufen am 28.07.2022).
- Quarteera (2022): Open Call: PostOst intersektion denken?!, 11.05.2022, online unter: <https://www.instagram.com/p/CdaQT9gsQYL/?hl=de> (abgerufen am 28.07.2022).
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), 2020: Antisemitische Vorfälle in Berlin. Januar bis Juni 2020. Berlin.

- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin),
2022: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021. Berlin.
- Roll, E., 1992: Die neue Welt der Kinder vom Hotel Ambassador. Mit großem Engagement bemüht sich die Jüdische Gemeinde, der wachsenden Zahl von Immigranten den schwierigen Anfang im Westen zu erleichtern. Süddeutsche Zeitung (Nr. 184) S. 3.
- Saß, A.-C., 2013: Ostjuden. S. 459–464 in D. Diner (Hrsg.), Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Bd. 4: Ly-Po. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Schmitz, T., 1998: Die Last der fremden Brüder. In welchen Zerreißproben der Zustrom echter und weniger echter Mitglieder aus Russland die Gemeinschaft treibt – und welche Töne sich Politiker leisten. Süddeutsche Zeitung (Nr. 38) S. 3.
- Spahn, S., 2000: Eine unheimliche Zuflucht. Hier ist der Antisemitismus nicht so offen, sagt Mascha - bleibt aber lieber im Kreis der Emigranten. Süddeutsche Zeitung (Nr. 243) S. 10.
- Terkessidis, M. (2019): Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Tikhomirova, A. (2022): Sexismus. Ich streichle keine deutschen Egos mehr. In: Die Zeit, 03.05.2022.
- Thompson, V. E. (2020): »Racial Profiling«, institutioneller Rassismus und Interventionsmöglichkeiten. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 27.04.2020, online unter: <https://bit.ly/3zhjwyv> (abgerufen am 28.07.2022).
- Todorova, M. (1997): *Imagining the Balkans*. Oxford: Oxford University Press.
- Vlahek, D. (2022): Deutschnationaler und nationalsozialistischer Antislawismus – Kontinuitäten und Paradigmenwechsel eines heterogenen Ressentiments (1848-1945). S. 1-38 in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung/ Journal of East Central European Studies 71 (2022), 1.
- Wodin, N. (2018): *Sie kam aus Mariupol*. Hamburg: Rowohlt.
- Wolff, L. (1994): *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford: Stanford University Press.
- Zingher, E. (2021): Leningrad: »Niemand ist vergessen«. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 17.09.2021, online unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/340408/leningrad-niemand-ist-vergessen/> (abgerufen am 28.07.2022).

Über die Autor*innen

Veronika Kiesche ist Soziologin und Antisemitismusforscherin. Sie beschäftigt sich mit Antisemitismus, Rassismus und Feminismus aus intersektionaler Perspektive. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte ist die Analyse und Kontextualisierung aktueller Erscheinungsformen von Antisemitismus im Bundesgebiet. Seit 2018 arbeitet sie zudem in der historisch-politischen Bildung.

Hans-Christian Petersen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und Dozent an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Seit November 2020 ist er zudem Betreuer im Forschungsverbund »Ambivalenzen des Sowjetischen: Diasporanationalitäten zwischen kollektiven Diskriminierungserfahrungen und individueller Normalisierung, 1953–2023«. Gemeinsam mit Jannis Panagiotidis (Wien) schreibt er an einer Monographie zu antiosteuropäischem und antislawischem Rassismus, die 2023 im Beltz Juventa Verlag erscheinen wird.

